



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 33  
Fernschreiber 0 836 890

P/XV/46 - 24. Februar 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Zwingt der "Deutschlandvertrag" zum Erlaß von Ausnahmegesetzen ? Von Dr. Walter Menzel, MdB	38
1a	Ein Bonner Husarenritt Aufnahme Spaniens in die NATO durch die Hintertür ?	45
2 - 3	Der Mann aus Washington Zu Eisenhowers Reise nach Latein-Südamerika	71
4 - 5	Gift. Kriegsgroschenhefte Eine aufschlußreiche Untersuchung der DAG Von Gerhard Halberstadt	91
6	Tarnorganisationen-Quiz Fragen an Studenten	50

\* \* \* \*  
\* \* \*

Zwingt der "Deutschlandvertrag" zum Erlass von Ausnahmegesetzen?

Von Dr. Walter Menzel, MdB

Um ihr neues "Ausnahmegesetz" schmackhaft zu machen, greift die Bundesregierung zu merkwürdigen Mitteln. Sie appelliert nun auch an die "nationale Würde". Sie macht die Öffentlichkeit glauben, die westlichen Alliierten hätten sich durch einen Art. 5 des Deutschlandvertrages vorbehalten, Notstandsanordnungen solange zu treffen, bis die deutsche Gesetzgebung diese Vorbehalte ablöse. Dieser Hinweis ist falsch. Die Bundesregierung weiss dies, denn sie selbst war es, die bei der Verabschiedung des sogenannten Deutschlandvertrages mehrfach erklärt hat, jener Art. 5 könne und werde nie die Grundlage für eine deutsche Notstandsgesetzgebung, nämlich der früheren Art. 48 der Weimarer Verfassung sein. Heute - nach Tische - liest man es anders. Zunächst unterschlägt sie, dass im Deutschlandvertrag unsere Souveränität in einem viel wichtigeren Punkte dadurch eingeengt wird, dass sich die Alliierten nach dem Art. 2 des gleichen Vertrages "die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschliesslich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung" vorbehalten.

1955 haben der Bundeskanzler, der Berichterstatter Dr. Furler, MdB (CDU) und Dr. Grewe als Sprecher des Auswärtigen Amtes im Bundestag und in seinen Ausschüssen mehrfach erklärt, nicht der Wortlaut des Vertragstextes sondern allein der Inhalt eines Schriftwechsels zwischen Dr. Adenauer und den westlichen Alliierten sei für den Inhalt des Art. 5 massgebend. So erklärte Dr. Furler:

"Art und Inhalt der hier vorausgesetzten gesetzgeberischen Massnahmen ergeben sich nicht ausschliesslich aus dem Art. 5, sondern auch aus einer besonderen Erklärung, die die drei Mächte der Bundesregierung zur Interpretation des ersten Satzes des Abs. 2 des Art. 5 schriftlich abgegeben haben".

Nach diesem Schriftwechsel gilt Art. 5 nur für den Verteidigungsfall und nur für Vorschriften zur Sicherheit der alliierten Truppen, nicht aber für "Notlagen, die durch innere Unruhen, Streiks, Wassergefahren, Seuchen usw. entstehen können."

Die Bundesregierung weiss also ganz genau, dass sie sich bei ihrem Gesetzentwurf über den Ausnahmezustand nicht auf Vorbehalte der Alliierten stützen kann. Warum beharrt sie dann darauf, die Öffentlichkeit falsch zu unterrichten? Glaukt sie, damit die erheblichen Widerstände - auch die zuständigen Ausschüsse des Bundesrates haben sich letzte Woche gegen ihn ausgesprochen - gegen ihren Gesetzentwurf überwinden zu können? +++

Ein Bonner Husarenritt

sp - Bestürzung in Bonn, Verwirrung, Ärger, ja Empörung in London - das ist das Ergebnis des Bonner Versuchs, gewissermassen durch die Hintertür Spanien, dem Spanien Francos, den Eintritt in die NATO zu verschaffen. Militärische Gründe sollen dafür ausschlaggebend sein. Das Communiqué der Bundesregierung, Produkt peinlicher Verlegenheit, gemischt mit offensichtlicher Unwahrheit, spricht nur von "Nachschubeinrichtungen", es bestreitet, dass an einen Ausbau militärischer Stützpunkte oder an Ausbildungsmöglichkeiten für Luftwaffen- und Raketeinheiten gedacht sei, aber aus alledem geht doch hervor, dass Bonn, ohne dazu aufgefordert zu sein, über die NATO hinweg, mit Franco-Spanien verhandelte. Spricht daraus nicht ein Misstrauen gegen das westliche Verteidigungsbündnis, ja noch mehr gegen Frankreich, das man wohl politisch nicht ganz zuverlässig hält, um "Nachschubeinrichtungen" für die Bundeswehr auf seinem Boden einzurichten?

Sind schon die militärischen Gründe recht fadenscheiniger Natur, die für eine Bonner Sonderinitiative angeführt werden, so sprechen doch alle politischen Gründe dagegen, dass ausgerechnet von Bonn der Versuch unternommen wird, Franco als Bundesgenossen für die NATO einzuspannen. Die ganze Aktion ist ein Akt ungeheurer Torheit und Instinktlösigkeit, vergleichbar nur mit wilhelminischen Tölpelereien. Die ungefragte, von niemandem gewünschte Bonner Initiative ist geeignet, das Misstrauen gegen die Bundesrepublik, gegen ihre militärischen und politischen Zielsetzungen auch bei denen neu zu entflammen, die sich zu ihren Freunden zählen, von der Sowjetunion abgesehen, der eine wichtige Propagandawaffe in die Hand gegeben wurde.

Die Verbindung Adenauer-Franco ruft auch bei unseren westlichen Nachbarn böse Erinnerungen an ein anderes Bündnis wach. Hat nicht unter Hitler die deutsche Luftwaffe auf spanischem Boden ihre Tüchtigkeit erproben können, muss nicht ein Bündnis mit Franco eine Ermutigung für alle antidemokratischen Kräfte in Europa sein? Und hier liegt wohl der psychologische Hintergrund für den Bonner Husarenritt. Mächtige Kreise innerhalb der Regierungspartei sehen in Madrid Francos das Mekka der europäischen Restauration, in Pilgerreisen holen sie sich Inspiration und den Mut zum Vorpreschen. So hat der Vizepräsident des Bundestages Dr. Böger schon wiederholt für die Aufnahme Francos in ein Bündnis plädiert, für das der spanische Diktator so wenig passt wie der Heiligenschein zum Bösewicht.

Die NATO wurde seinerzeit ins Leben gerufen zur Verteidigung von Demokratie und unveräußerlichen Menschenrechten. Das Spanien Francos hat in einem solchen Bündnis keinen Platz, es würde die NATO vor der ganzen Welt unglaubwürdig machen und sie des ethischen Gehalts berauben. Die Reaktion in Grossbritannien und in anderen NATO-Ländern auf den Bonner Vorstoss beweist, dass das Empfinden dafür, was politisch unzulässig, weil der Würde der Demokratie schädlich ist, noch recht lebendig ist. Nur im offiziellen Bonn scheint es, am Telle Spanien gemessen, erloschen zu sein.

### Der Mann aus Washington

LD. - Die Reise des USA-Präsidenten in vier der wichtigsten südamerikanischen Staaten ist nicht nur angesichts der für Mai angesetzten Gipfelkonferenz zwischen West und Ost von Bedeutung, auch das in den letzten Wochen wieder sehr strapazierte Verhältnis des nordamerikanischen "großen Bruders" zu den Lachbarn südlich des Rio Grande bedarf einer gründlichen Klärung. Wie sehr aber die Reise Eisenhowers über die diplomatisch-psychologische Show hinausgeht, das beweist die Anwesenheit des Bruders Milton Eisenhower, der in der Vergangenheit sich als Sonderbotschafter seines Landes im südamerikanischen Raum große Verdienste und Kenntnisse erworben hat.

Es verwundert keinesfalls, daß der Präsident und das Außenministerium über die Lage in Kuba und das Verhalten des Ministerpräsidenten Fidel Castro beunruhigt sind. Auch wenn man keineswegs der Ansicht zu sein braucht, wenige Flugminuten von Florida etabliere sich in Kürze ein kommunistisches Regime, so ist nicht ausgeschlossen, daß die derzeitigen Herren der Insel eine Entwicklung einleiten können, von der sie selbst zwar schließlich verschlungen werden, die aber allen Randstaaten des Karibischen Meeres großen Schaden zufügen kann.

Der ganze Raum zwischen Mexiko und Kap Hoorn ist in politischer und sozialer Gärung begriffen. Hierbei werden nicht nur die alteingesessenen Diktaturen und feudalen und halbfeudalen Regime allmählich auf den Schutthaufen der Geschichte geworfen, auch die darauffolgenden demokratischen Regierungen sind keineswegs vor Krise und Untergang gefeit.

Nicht zuletzt sollte das unbestreitbar bestehende Interesse der Sowjetunion und Rot-Chinas an Lateinamerika zur erhöhten Wachsamkeit aufrufen. Diese aber müßte sich nicht nur in der Lieferung von Waffen an die Armeen der "befreundeten" Nachbarn ausdrücken, sondern vor allem in der Entwicklung wirkungsvoller wirtschaftlicher Programme für die südamerikanischen Länder bestehen. Neben den nationalen Gefühlen sind es die Wirtschaftsbilanzen zahlreicher Länder südlich von Panama, welche zu nicht gerade

freundlichen Empfindungen gegenüber den "gringos" führen. Die auch in den letzten Jahren in nahezu allen südamerikanischen Staaten einsetzende demographische Revolution muß Hand in Hand mit der Ausweitung der wirtschaftlichen Erschließung dieser betreffenden Staaten gehen, will man nicht zuletzt eine soziale Explosion größten Ausmaßes erleben.

Dwight D. Eisenhower, der noch sehr gut die Berichte seines Stellvertreters in Erinnerung hat, die dieser ihm nach der seinerzeit "verunglückten" Tour nach Südamerika gegeben hatte, wird wahrscheinlich eine recht flexible Haltung gegenüber seinen Gesprächspartnern einnehmen, die sich weniger um den "Linksdrall" des Castro-Regimes bekümmern als um die für sie dringlicheren Fragen der Sanierung und Hilfe für ihre Länder.

Man glaubt deshalb recht gut zu wissen, daß der USA-Präsident in seiner Tasche die nordamerikanische Zustimmung zur geplanten südamerikanischen Freihandelszone habe, die sich einmal, nach den Lieblingsplänen des brasilianischen Präsidenten Kubitschek, in eine echte Wirtschaftsgemeinschaft verwandeln soll.

Der Besuch Mikojaev in Mexiko und auf Kuba hat gezeigt, wie schnell die Russen bereit sind, dort einzusteigen, wo ein "Vakuum" ist. Sicherlich wäre es falsch, wenn Washington von nun an seine gesamte Politik darauf abstellen wollte, nur auf die sowjetischen Vorsprünge zu "reagieren". Aber die Nordamerikaner müssen sich einrichten, ihre Aufmerksamkeit mehr denn je auf die Lage ihrer nächsten Nachbarn zu richten. Nur der Einbau Südamerikas in das weltweite Entwicklungsprojekt der USA kann eine Lage und Entwicklung verhindern helfen, in der der bisher nur selten sichtbare explosive Anti-Amerikanismus der "greasers" in eine für die USA tödliche Waffe verwandeln könnte.

Der Mann aus Washington, wie ihn eine große Zeitung des südamerikanischen Kontinents kannte, ist gewiß nicht eine Art Feuerwehrmann, der dank seines Charms und harter Dollars Brände löschen soll, welche die normale Washingtoner Diplomatie nicht zu bannen vermochte. Aber etwas von einem Mann, der eine neue Art von Feuerversicherung anbietet, steckt in ihm und charakterisiert auch seine aktuelle Mission. Erst sehr viel später werden wir die Möglichkeit haben, den Erfolg dieser Reise ein- und abzuschätzen.

Gift: Kriegsgroschenhefte

Von Gerhard Halberstadt

In der Bundesjugendleitung der DAG wurden kürzlich die jugendgefährdenden Wirkungen untersucht, die von den Kriegsgroschenheften ausgehen. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß die Landserhefte, Soldaten- und Fliegergeschichten den Tatbestand der Jugendgefährdung nach § 1 Sjs erfüllen. Die Aktion Jugendschutz hat darum bei der Jugendbehörde in Hamburg einen Antrag auf Indizierung der Hefte angelegt. - Der nachfolgende Artikel gibt eine geraffte Übersicht über das Ergebnis, das die 170 Seiten starke Denkschrift in einzelnen darlegt und belegt.

Betrachtung einer ganz alltäglichen Erscheinung:

"Es wird auch in diesem Kampfe nicht Innerasien siegen, sondern Europa. Und an der Spitze die Nation, die seit anderthalbttausend Jahren Europa als Vormacht gegen den Osten vertreten hat und in aller Zukunft vertreten wird: unser Großdeutsches Reich, die deutsche Nation!"

... (Alle Politik) ist verschwunden in dem brennenden Willen, unser Vaterland zu retten. Wer wagt es da, von einem aussichtslosen Kampf zu sprechen, wer maßt sich an, an die Vernunft zu appellieren oder gar an die Moral, im Augenblick, da die Rote Armee Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Polen überflutet und nur auf deutschem Boden ihre blutrünstige Fratze unverkennbar zeigt?

Diese Hitlerworte und diese kernigen Folgerungen finden sich nicht in einem Schulbuch, das im Jahre 1945 zu letzten Anstrengungen in einem dem Großdeutschen Reiche und Volke aufgezwungenen heiligen Freiheitskampf ermuntern soll, beileibe auch nicht in einem Schulbuch von 1960. Nichtsdestoweniger findet sich das Heft, aus dem das Zitat stammt und gleichartige, in einer jährlichen Gesamtauflage von 15-20 Millionen, verteilt auf etwa acht Reihen, in den Händen der deutschen Schuljugend von heute. Hefte dieser Machart liegen auf den Betten von Jugenderholungsheimen, gehen in den Schulpausen von Hand zu Hand, haben inzwischen den Platz der Abenteuerhefte in der Gunst eines ganz überwiegend jugendlichen Publikums eingenommen.

Einseitiges Geschichtsbild

Was reden die Lehrer schon von Schuld, die unser Volk daran zu tragen hat, daß der Bolschewismus uns so nahegerückt ist? In den Heften steht davon nichts. Aus den Heften erfahren die gleichen Leser, daß Hitler erstaunlichen Überblick und anerkennenswerten Großmut bewiesen hat, daß Himmler alles in allem ein fähiger Befehlshaber und nur zu wenig jovial gewesen ist, oder daß Goebbels den Soldaten immer aus dem Herzen gestrochen hat, und nur das. Was nützt das schon, wenn die Jugendverbände ihren Mitgliedern begreiflich zu machen versuchen, welche Scheußlichkeiten im Namen unseres Volkes begangen worden sind? In den Heften begehen die Deutschen schlechthin keine Scheußlichkeiten, sondern immer die Partisanen ("die verdammten Hunde"), cowboyhafte Amerikaner, freiheitstrunkene Franzosen - eben die anderen.

Im übrigen hält das Innere der Hefte durchaus, was ihr farbenprächtiges Äußere verheißt. In den "bewußt in Romanform gehaltenen" Schilderungen geht es erbaulich zu. Da "blasen" Uniformträger die "Kameraden der anderen Feldpostnummer um" oder "kratzen" selbst in Erfüllung "der verdammten Pflicht und Schuldigkeit ab", sie "streicheln ihre wackeren Küh-

ten", lassen ihre "braven KPis rauchen" und "halten" immer wacker "rein". Wenn ein Kamerad fällt, wird das quittiert mit "verdammter Mist" oder noch eindeutiger mit "Sch ...". Sie kuldigen dem Grundsatz, daß "zuviel Denken im Kriege nur schadet", lassen sich mit dem Hinweis, daß es um Deutschland geht, über arge Zumutungen hinweghelfen und sehen in massenhaften "Vergeltungsmaßnahmen" die einzige Möglichkeit, sich vor Graueln "kommunistisch verhetzter Polacken" zu wehren. Entweder fehlt Politik ganz, oder sie wird im Sinne nazistischer Erziehung als Mittel angepriesen, sich hervorragender schlagen zu können.

#### Zielbewußte Vernebelung

Unbelastet von geschichtlichen Zusammenhängen und Untergründen können die jungen Leser erleben, wie die Deutschen in unaufhaltsamen Siegeszug die etwas tumben Franzosen 1940 überrollen, wie sich Deutsche und Sowjets bei Stariza kräftig beharken, wie deutsche "Wüstenfüchse und Sandflöhe den Lomies Sprünge von Weltrekordweite beibringen", und wie selbst zum Schluß, "als alles in Scherben fiel", die Deutschen unausgesetzt vor sich hin siegen.

Daß solches der gleiche Krieg ist, in dem bei Stalingrad eine Armee zugrunde ging, und daß wir den Krieg, der da vorgeführt wird, verlieren haben, wird keineswegs klar, soll wohl auch nicht. Die Möglichkeit einer ehrenvollen Kapitulation als der einzig vernünftigen Entscheidung wird schlicht geleugnet, da "die Einsicht in die Sinnlosigkeit des Kampfes jener Tage erst heute möglich sei". Einen 20. Juli hat es für die Verfasser dieser Hefte einfach nicht gegeben!

#### Kriegsverherrlicher

Stattessen erscheint der Krieg als eine gelegentlich von abenteuerlichen Schießereien und Gangsterjagden unterbrochene Kette von Ordensverleihungen, Besäufnissen und Liebeleien mit den interessantesten Mädchen in abwechslungsreichen Gegenden und in Gemeinschaft prächtiger Burgen. Er war so recht dazu angetan, den Menschen - bzw. den Mann - nach allen Seiten hin zu voller Pracht zu entfalten. Speziell der letzte Krieg stellt sich dar als ein Gefilde wackerer Helden, die einander mit höchstamtlicher Billigung und in Wahrung der Formen kriegerischer Wohlstandigkeit "umfurzten".

Unser Volk war aus irgendeinem unvorfindlichen Grund in eine Auseinandersetzung mit der halben Welt verwickelt und hatte die unter einer ganz normalen Führung zu bestehen, die nur einige kleine Fehler hatte.

Ja, wirklich, wer wagt es, da noch an Vernunft oder gar Moral zu appellieren? Wer wagt es da noch, zu fragen, warum Jugendliche nichts dabei zu finden scheinen, Hakenkreuze zu malen? Wer?! Etwa wir, die wir so trefflich achtgeben?

Tarnorganisationen-Quiz

sp - Der Bad Godesberger ESTO-Verlag ("ESTO Public-Relations - und Verlagsgesellschaft"), der u.a. zahlreiche Regierungsaufträge zu erledigen hat, führt in der Kölner Vierteljahrszeitschrift "Student im Bild" (Verlag und Herausgeber Student im Bild Köln) ein - aus unbenannt bleibenden Quellen finanziertes - 14.725 DM-Preisausschreiben durch, das sechs politische Fragen, zum Teil sehr diffiziler und höchst hintergründiger Art, vorlegt. Das Preisausschreiben beginnt mit der quizmäßigen Frage, wie stark die "sogenannte NVA" (lies: "Nationale Verteidigungsarmee" der Zone) im Jahre 1956 gewesen sei, will wissen, ob ein Gedichtzitat von Becker, Brecht oder Weinert stammt und endet mit einem Redestück, bei dem man raten soll, ob der Sprecher Ulbricht, Tito oder Chruschtschow gewesen sei. Man sieht, die ESTO-Public-Relations-Leute erwarten von ihrer Quiz-Teilnehmern einige nicht gerade landläufige Kenntnisse, die eine eingehende Befassung mit östlichen Problemen voraussetzen - eine Tätigkeit, die sonst von Regierungsseite nicht gerade gefördert wird.

Sehr vordergründig wird das sonst so hintergründige ESTO-Quizspiel dann aber in seiner Frage Nummer vier, die sich mit dem ungluten Problem der auf beiden Seiten zu findenden Tarnorganisationen befasst. In einem erläuterten Verspruch wird die Zahl der in der Bundesrepublik arbeitenden kommunistischen Tarnorganisationen mit etwa 600 angeführt und betont, dass einer ihrer Agitationsschwerpunkte die Intellektuellen seien. So wendet sich auch diese Quiz-Frage vier - wie das ganze Quizspiel - sehr deutlich an die Intellektuellen und will wissen: "Drei der hier aufgeführten Organisationen sind kommunistische Tarnorganisationen und in der Bundesrepublik oder in einzelnen Bundesländern verboten, während die übrigen auf dem Boden des Grundgesetzes stehen". Damit wird die Frage ganz hart: "Welche sind die Tarnorganisationen?", nämlich

- a) Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise (ADK)
- b) Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD)
- c) Freie Deutsche Jugend (FDJ)
- d) Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)
- e) Volksbund für Frieden und Freiheit (VFF)
- f) Internationals der Kriegsdienstgegner (IKK)"

Wohlan, die Intellektuellen des "Studenten im Bild" mögen dem ESTO-Verlag für 14.725 DM anteilmäßig verkünden, wo sich von a) bis f) eine "Tarnorganisation" findet, die sich unter dem Buchstabenpaar ADK, DFD, FDJ, VVN, VFF und IKK verbergen könnte? Ist der "Student im Bild" so sicher, dass jeder der von der ESTO angesprochenen Intellektuellen auf Anhieb weiss, welcher Verband unter das Stichwort "Tarnorganisation" fällt oder nicht fällt? Und ist der "Student im Bild" wirklich sicher, dass jeder seiner Intellektuellen bei der Quiz-Schlussfrage "Welche sind die Tarnorganisationen?" automatisch von sich aus das hier fehlende Beiwort "kommunistische" hinzusetzt und nicht nur allgemein nach "Tarnorganisationen" fahnden könnte, wo immer sie stehen mögen? ESTO und "Student im Bild" haben da ein sehr heisses Eisen angepackt, dessen Anheizung durch 14.725 DM dem ungenannten, wenn auch nicht ungesägten Preisausschreiben-Auftraggeber vielleicht noch einigen Kummer bereiten dürfte.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel